

# 75 Jahre nach deutschem Überfall: Kirche mahnt zur Verständigung mit Russland

Tillich spricht bei Gedenken im Berliner Dom / Gabriel will Putin besuchen / EU verlängert Sanktionen

VON ARMIN GÖRTZ UND DIRK BAAS

**BERLIN/LEIPZIG.** Zum heutigen 75. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion hat der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland von der Bundesregierung einen offeneren Umgang mit Moskau gefordert. „Die Bundesregierung sollte das Gespräch mit Russland suchen und helfen, dass Feindbilder wieder abgebaut werden“, erklärte Renke Brahm angesichts der Ukraine-Krise. Deutschland stehe aus historischen Gründen in „einer besonderen Verantwortung“.

Am 22. Juni 1941 hatte die Wehrmacht die Sowjetunion überfallen. Der Feldzug sei von Beginn an als ideologischer Weltanschauungs- und rassenbiologischer Vernichtungskrieg konzipiert gewesen, schätzt der Berliner Historiker Arnulf Scriba ein: „Die Ermordung der jüdischen Bevölkerung und der sowjetischen Führungsschicht war von Anfang an vorgesehen.“ Insgesamt wurden im Zweiten Weltkrieg mehr als 25 Millionen Sowjetbürger getötet. Bis zum Mai 1945 starben in Russland knapp 3,5 Millionen deutsche Soldaten für den Größenwahn des NS-Regimes.

## Deckname Barbarossa

Hitler hatte den Kriegsplan mit dem Decknamen „Barbarossa“ – nach dem deutschen Kaiser und Kreuzfahrer Friedrich I. – versehen und wollte die Sowjetunion in wenigen Wochen niederwerfen. Moskaus Machthaber Josef Stalin hatte 1939 einen Nichtangriffspakt mit Nazi-Deutschland abgeschlossen. Der Überfall traf das Land weitgehend unvorbereitet. Nach dem 22. Juni 1941 stießen die Deut-

schen anfangs rasch vor, machten Hunderttausende Kriegsgefangene.

In einer gewaltigen Kraftanstrengung warf die Sowjetunion Menschen und Material an die Front. Die Rüstungsproduktion wurde hochgefahren, auch mit Hilfe der Westalliierten USA und Großbritannien. Im Winter 1942/43 brachte die Schlacht von Stalingrad die Wende. Schlusspunkt war im Frühjahr 1945 die Schlacht um Berlin.

„Es war ein hartes, grausiges, zähes und nicht zuletzt ungeheuer blutiges Ringen bis in die letzten Tage, es war ein einziger Abgrund. Noch furchtbarer wären freilich die Abgründe gewesen, die sich

bei einem deutschen Sieg aufgetan hätten“, urteilt Christian Hartmann vom Münchner Institut für Zeitgeschichte.

## Rüstungsschmiede Sachsen

„Sachsen spielte als Rüstungsstandort bei der deutschen Kriegsführung eine wichtige Rolle. In Leipzig fertigten beispielsweise die Erla-Maschinenwerke Messerschmidt-Jagdflugzeuge und die Hasag-Werke lieferten Panzerfäuste“, erläutert Historiker Mike Schmeitzner vom Dresdner Hannah-Arendt-Institut. „Die für den Fronteinsatz rekrutierten deutschen Arbeitskräfte wurden massenweise durch Zwangs- und Fremdarbeiter

– vor allem aus der Sowjetunion – ersetzt. Im Umfeld der Rüstungswerke entstanden KZ-Außenstellen. Zum Symbol des Ostkrieges aber wurde in Sachsen das Kriegsgefangenenlager Zeithain bei Riesa. Aufgrund der unmenschlichen Bedingungen starben dort bis zu 30 000 sowjetische Soldaten, die im Umfeld verscharrt wurden“, so Schmeitzner.

Zur Erinnerung an die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges eröffnete Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) gestern an der Seite des russischen Botschafters Wladimir Grinin eine Freiluftausstellung auf dem Potsdamer Platz in Berlin. Dem 75. Jahrestag widmen sich heute eine Rede von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) im Deutschen Historischen Museum und eine Bundestagsdebatte im Reichstag. Das Gedenken wird von der Ukraine-Krise überschattet. Zu einem von Russlands Botschaft organisierten Konzert im Berliner Dom ist heute ein Grußwort des sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) geplant, der als Bundesratspräsident spricht. Vertreter der Ukraine, Georgiens und der baltischen Staaten wollen nicht erscheinen.

Die SPD sendet stattdessen Versöhnungssignale. Parteichef Sigmar Gabriel will laut „Rheinischer Post“ Anfang kommender Woche als Bundeswirtschaftsminister den russischen Präsidenten Wladimir Putin besuchen. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hatte bereits zuvor zum Dialog aufgerufen und vor „Säbelrasseln“ der Nato gewarnt.

Die EU-Staaten verständigten sich gestern auf eine Verlängerung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland bis zum 31. Januar 2017. ► **Leitartikel/Seite 2**



22. Juni 1941: Deutsche Truppen dringen in die Sowjetunion ein. Scannen Sie das Foto und sehen Sie ein Video zum Unternehmen Barbarossa.

Foto: dpa